

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 26 (1985)  
**Heft:** 19

**Artikel:** Die Frage heisst : warum nicht? : Zur Aktualität des Antikommunismus  
**Autor:** Steinacher, Jörg L.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094374>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zur Aktualität des Antikommunismus

# Die Frage heisst:

# Warum nicht?

«Nimmer verdient/Schicksal zu heissen/bloss weil er geschehen/der Blödsinn» (Max Frisch in «Biedermann und die Brandstifter»). Der Blödsinn: Unter den Augen der Demokratien – teils mit deren aktivem Zuspruch, teilweise mit passiver Duldung – hat die Sowjetunion seit dem 2. Weltkrieg im Durchschnitt pro Woche mehr Menschen, als in der Stadt Basel leben, und eine grössere Fläche als diejenige der Kantone Bern und Waadt zusammen unter ihren Einflussbereich bringen können (vgl. ZeitBild Nr. 16/85).

Höherer Blödsinn ist es, wenn heute in sozialdemokratischen, linksliberalen, ja selbst in bürgerlichen Kreisen jene, die vor diesem Blödsinn warnen, als «rückständige Antikommunisten» lächerlich gemacht werden. Blödsinn ist eine Form des Realitätsverlustes.



Nach dem 2. Weltkrieg, als die Parallelen des Rechtsfaschismus eines Hitler zum Linksfaschismus eines Stalin noch für jedermann spürbar, sichtbar und erfahrbar waren, konnte der höhere Blödsinn keine Schule machen. Zum Beispiel auch bei den Sozialdemokraten nicht. Ihr hervorragendster Vertreter in Deutschland, Kurt Schumacher, erklärte damals: «Heute ist der Kommunismus der stärkste Damm gegen Menschlichkeit, gegen Fortschritt, gegen Entwicklung, gegen den Frieden, gegen das Verstehen der Völker untereinander. Er ist die Politik der Rückkehr... zu Denkformen und Methoden, die unwürdig sind, von Menschen gelebt und gedacht zu werden. Weltkommunismus ist Weltreaktion».

1959 schrieb seine Partei in ihr Godesberger Grundsatzprogramm (das formell noch heute

gültig ist): «Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker... Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.» Eine klare antikommunistische Position also.



Das war damals. Heute ist es für manche schon so etwas wie ein publizistisches Todesurteil für Peter Sager, wenn der SPD-nahe deutsche Journalist Wolf-Dieter Littmann sich über den «verbissenen Antikommunismus» und die «antikommunistischen Feldzüge» des SOI-Gründers mokiert (vgl. «ZeitBild» Nr. 12/85). Was hat sich da geändert? Die Sozialdemokratie? Die Journalisten? Die Antikommunisten? Oder Peter Sager? Er schrieb 1967 (elf Jahre nach Ungarn, ein Jahr vor Prag, zwölf Jahre vor Afghanistan, dreizehn Jahre vor Polen usw.): «Der Antikommunismus, wie wir ihn verstehen, ist keine Ideologie, sondern eine gegenüber der kommunistischen Aggression besonders formulierte Haltung der Freiheit und Toleranz. Gegenüber andern konkreten Bedrohungen der Freiheit und Toleranz sind andere ebenso klare Haltungen zu formulieren, zum Beispiel Antinationalsozialismus oder Antifaschismus.

Wenn wir die Freiheit als persönliche Zuständigkeit zur sittlichen Entscheidung definieren und aus Toleranz diese Zuständigkeit jedem Individuum zubilligen, so folgt daraus, dass ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch keine Glaubensinhalte irgendwelcher Art bekämpft. Er mag einigen zustimmen, er

mag andere ablehnen; er mag seine Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener Glaubensinhalte öffentlich bekunden: nie aber wird er mit Gewalt gegen Glaubensinhalte vorgehen, die ihm nicht zusagen.

Gerade darum muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch es jedem anderen versagen, Glaubensinhalte irgendwelcher Art mit Gewalt durchzusetzen. So wäre etwa mit jedem zulässigen Mittel gegen ein ausserhalb des Notstandes beabsichtigtes Verbot der PdA zu kämpfen, freilich ohne glauben zu müssen, was sie propagiert.

Hier findet der Antikommunismus als Widerstand seinen Ursprung und zugleich seine Rechtfertigung. In erster Linie geht es ihm nicht um die kommunistischen Glaubensinhalte, sondern um die Methoden ihrer Verwirklichung. Ist der Nachweis einmal erbracht, dass Gewalt zur Verbreitung kommunistischer Glaubensinhalte angewendet wird, so muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch Antikommunist werden. Nicht im Namen irgendwelcher anderer Glaubensinhalte oder sogenannter positiver Ideen und Werte, wie unüberlegt allzuoft gefordert wird. Sondern lediglich im Namen der Glaubensformen Freiheit und Toleranz.»

Das gilt auch heute – weil dies nach wie vor die einzig vernünftige und moralisch legitimierte Haltung gegenüber einem Kommunismus ist, der sich nicht verändert hat.



Dieser Kommunismus braucht sich im übrigen auch nicht zu verändern, weil er so, wie er ist, seine imperialistischen Ziele erreichen kann

(sic!). Es sei denn, der Antikommunismus erweist sich als stärkere geistige Waffe. Das sieht auch die kommunistische Geschichtsschreibung – natürlich «spiegelverkehrt» – so: «Die Bilanz der siebziger Jahre lässt erkennen, dass der internationale Entspannungsprozess ebenfalls keinen günstigen Nährboden für Erfolge der antikommunistischen Strategie bietet... Nach wie vor verfolgt die Strategie des Antikommunismus das Ziel, der weiteren Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus... entgegenzuwirken... Der konsequente Kampf gegen den Antikommunismus und seine Repräsentanten ist damit zu einer unmittelbaren Existenzfrage der fortschrittlichen Menschheit geworden.» (Zitate aus der DDR-Publikation «Antikommunismus heute», 1981.)

Oder der sowjetische Propagandacheft W. W. Sagladin: «Es muss festgestellt werden, dass die jetzige Aktivierung des antikommunistischen Kreuzzuges der Bourgeoisie nichts anderes ist als eine gewisse Schutzreaktion auf die Erfolge der kommunistischen Bewegung...» («Die internationale kommunistische Bewegung», 1984).

Nach diesen Zitaten ist es wohl noch erlaubt zu folgern, dass jene, die im Westen die Antikommunisten angreifen, direkt den Interessen des Ostens in die Hände arbeiten.



Zur hohen Schule des Blödsinns gehört es nun, dass die Logik dieser Folgerung auch wieder als «antikommunistische Ammenmärchen» disqualifiziert wird. Und nach derselben Methode werden unangenehme Argumente (von Antikommunisten) und hässliche Untaten (von Kommunisten) ausgegrenzt und abgetan. Das

wäre weiter nicht so schlimm, wenn dieser selbstinduzierte Realitätsverlust z. T. nicht epidemisches Ausmass annehmen würde. Übertragen durch Medien, Schulkatheder und Kanzel.

Diesem Blödsinn – Manés Sperber nennt es vornehmer «Meinungsmatch», André Glucksmann bezeichnet es schlicht als «Dummheit» – haben sich die Antikommunisten zu stellen.



Es geht also nicht mehr nur um die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als gewalttätigem Verhinderer von Freiheit und Toleranz. Es geht heute ebenso um die politische Begrenzung des Schadens, nachdem die Propaganda-Kanonaden der sowjetischen Polit-Artillerie so trefflich demokratisches Bewusstsein durchlöchert und die Giftpfeile aus der neomarxistischen Rüstkammer ihre realitätsverzerrende Wirkung zeitig haben.

Schadensbegrenzung heisst:

1. Förderung des Geschichtsbewusstseins.

Dazu gehört, dass der fundamentale Gegensatz zwischen freiheitlichen Demokratien und dem Totalitarismus als der zentralen Frage unserer Vergangenheit und Zukunft wieder in den Vordergrund rückt und der gegenwärtig propagierte pseudowissenschaftlich behauptete Antagonismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus gedanklich überwunden und allenfalls als krasses Beispiel für Geschichtsphilosophie unter Denkmalschutz gestellt wird.

Das würde zur Entgiftung der innenpolitischen Atmosphäre beitragen, brächte der 3. Welt in ihrem Überlebenskampf endlich die richtige,

weil sachbezogene Hilfe, und die Völker von Polen bis nach Afghanistan, vom Baltikum bis nach Angola, von Nordkorea bis Nikaragua könnten wieder neuen Mut schöpfen.

2. Förderung des Demokratiebewusstseins.

Dazu gehört in erster Linie eine klare Haltung gegenüber jenen, die die Demokratie als «Mehrheitsdiktatur» verteufeln, um im Namen einer «besseren» Demokratie das Diktat irgendeiner minoritären Meinung durchsetzen zu können. Solch aggressive Standpunkt-Politik hat sich der Sozialismus schon immer mit Vorliebe anvermählt. Nicht weil ihn der jeweilige Standpunkt sonderlich interessieren würde. Auch nicht weil ein derartiges «Demokratie»-Verständnis genau der kommunistischen Machtergreifungs-Strategie entspricht, sondern weil solche Gruppen, die das «Recht auf Widerstand in der Demokratie» zur Durchsetzung ihrer Partikularinteressen anrufen, sich auszeichnet für die kommunistischen Ziele instrumentalisieren lassen.

Ein «antikommunistisches Ammenmärchen»? In der kommunistischen Theoriezeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» (Juli 1985) liest man es aus der Feder des Genfer Bürgermeisters und PdAS-Politbüromitglieds Roger Dafflon anders: Zur Mitwirkung an der Lösung praktisch aller wichtiger Fragen müsse die PdAS auch Berührungspunkte mit neuen gesellschaftlichen Bewegungen finden. Für diese seien in der Schweiz «Aktionen gegen einzelne Aspekte der Politik der konservativen Kreise, zum Schutz der Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen charakteristisch. Diese Bewegungen sind äusserst spezifisch, ihre Aktionen können bisweilen an offenen Antikommunismus grenzen. Doch bei gemeinsamen Aktionen aus einem konkreten Anlass treten die ideologischen Vorurteile in der Regel – um des gemeinsamen Erfolges willen – in den Hintergrund.»

Was im Klartext heisst, dass die PdAS z. B. selbst mit dem SOI zusammenarbeiten könnte, wenn sich dieses gegen Reagans SDI stark machen würde.

3. Förderung der Kritikfähigkeit.

Dazu gehört, dass man die Kritik der Antikommunisten am «realen Sozialismus» nicht verdrängt oder wenigstens zur Kenntnis nimmt. Kritik, Selbstkritik und kritisches Abwägen sind für den mündigen Bürger eine Methode,

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

**City Bank-Anlageplus**

**4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!**

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

**Bis 31. Dez. 1985**

**CITY BANK**

Talstrasse 58,  
8021 Zürich,  
Tel. 01/211 76 11

- die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
- Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
- Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. \_\_\_\_\_ (am ehesten um \_\_\_\_\_ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

um der Sache auf den Grund zu gehen. Wird Kritik zur Ideologie, so ist das eine Methode, um den Bürger mundtot zu machen, damit die Ideologen im trüben fischen können. Wer dennoch einen kritischen Zwischenruf wagt, wird der «Intoleranz» bezichtigt.

Bei Radiodirektor Andreas Blum wurde Kritik zur Ideologie, wenn er behauptet: «Eine kritische Position gegenüber den bestehenden Verhältnissen ist heute zwangsläufig eine <linke>.» Deshalb kommt er auch folgerichtig zum Schluss, «dass das gesellschaftliche Klima in diesem Lande beängstigende Züge der Intoleranz angenommen hat» (Blick, 8. 8. 1985).

#### 4. Förderung der Urteilsfähigkeit.

Diese hängt aufs engste mit dem Geschichtsbesusstsein und der Kritikfähigkeit zusammen. Ein Urteil über den Kommunismus ist ausserdem ohne ein entwickeltes Demokratiebewusstsein nicht möglich, weil sich der Kommunismus an einem entwickelten Bewusstsein für Freiheit und Toleranz messen lassen muss.

Das wäre die richtige Therapie für jene, die den versprochenen Segnungen durch den Sozialismus hoffnungsvoll nachträumen und gleichzeitig die Enttäuschungen, die ihnen dieser Sozialismus täglich bringt, neurotisch abreagieren. So aber schwadronieren sie hilflos zwischen Ideologie und Ideen, An-Sichten und Vor-Urteilen. Sie geraten – und hier wird die Schadensbegrenzung zur staatsbürgerlichen Notfallübung – in den Zustand des akuten Realitätsverlustes, wie ihn schon der französische Philosoph Montaigne diagnostiziert hat: Sie erheben sich «mit Hilfe der Phantasie über den Kreis des Mondes hinaus, den Himmel unter ihre Füsse verlegend». Das ist der Fall der Friedensbewegten und der ideologisierten Kirche. Der Fall der Sozialisten und Sozialdemokraten angesichts Polen, Afghanistan, Gulag usw. spiegelt sich im Bühnenstück eines französischen Autors der Jahrhundertwende: Ein betrogener Liebhaber, der aus Liebe die Untreue nicht wahrhaben will, suggeriert selbst seiner Geliebten, die keine Ausreden mehr findet, die Gründe, warum sich sein Nebenbuhler gerade im Wandschrank befindet. Zum Schluss entschuldigt er sich noch in aller Form bei den beiden.

Und der Fall jener bürgerlichen Kreise, die über Antikommunisten die Nase rümpfen? Nun, dafür hat eben Max Frisch sein Bild vom «Biedermann» und den «Brandstiftern» entworfen.



Antikommunismus 1985 ist nicht mehr nur der Versuch aussenpolitischer Schadensverhinderung – und damit ein Beitrag zur Friedenssicherung. Er ist auch innerstaatliche Schadensbegrenzung – und damit ein Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie. Er tut dies alles im Zeichen von Freiheit und Toleranz. Und das kann ihm niemand nehmen; auch jene nicht, die sich über ihn lustig machen.

Jürg L. Steinacher

John Bunzl – Alexander Flores – Fadel Rasoul

## FALSCHER ALARM? Studien zur sowjetischen Nahostpolitik

1985. 224 Seiten. Kart. sFr. 22.—. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien.

Die in diesem Band enthaltenen Analysen gehen nicht primär – wie es traditionell der Fall ist – von den globalen Interessen der einen oder der anderen Grossmacht aus. Sie versuchen vielmehr, die Wendungen sowjetisch-nahöstlicher Beziehungen zunächst aus einer lokalen und regionalen Perspektive zu beleuchten. Eine wesentliche Absicht der Studien besteht in der Aufarbeitung von historischen und politischen Prozessen im Nahen Osten und in der Fragestellung, inwiefern diese Prozesse das Schicksal sowjetischer Bemühungen um Einflussnahme und/oder Kontrolle tangieren. Während die Sowjetunion in anderen Regionen der Welt versucht hat, sich mit Strömungen der Arbeiterbewegung zu verbünden und aus der Entwicklung von Klassenkämpfen Vorteile zu ziehen, ist (auf Grund der ethno-religiösen Fragmentierung des Orients sowjetische Involvierung in nationale Konflikte von relativ grösserer Bedeutung. Freilich ist die Sowjetunion in erster Linie an stabilen Beziehungen zu – möglichst freundlich gesinnten – Regierungen ihrer unmittelbaren Nachbarstaaten in der Region interessiert, und es ist ihr generell daran gelegen, die Staaten des Nahen Ostens westlichem Einfluss zu entziehen. Diese Bemühungen bilden jedoch nicht den Schwerpunkt der vorliegenden Analysen; ihre Entwicklung wird lediglich als *Rahmenbedingung* angesehen. Das Interesse gilt sowjetischem Verhalten gegenüber drei verschiedenen konkreten nationalen Bewegungen: der zionistischen, der palästinensischen und der kurdischen. Diese Auswahl könnte als zufällig erscheinen – und tatsächlich liessen sich zahlreiche andere Beispiele anführen. Es wurden typische und politisch folgenschwere Fälle gewählt, denen, wenn sich die gegenwärtigen regionalen Desintegrationstendenzen fortsetzen – wahrscheinlich auch in Zukunft noch viele folgen werden. In den behandelten Fällen gilt das Interesse nicht nur dem Verhalten des sowjetischen Staates, sondern auch der Politik der lokalen kommunistischen Parteien, die *nicht nur* als Erfüllungsgehilfen Moskauer Direktiven gesehen werden, insofern sie auch die Bedingungen ihrer Gesellschaften und autochthone konfliktüberwindende Bestrebungen wieder spiegeln.

Auf diese Weise nähern sich die Autoren der Antwort auf die Frage, ob die Warnungen vor sowjetischen Absichten im Nahen Osten begründet sind, oder ob es sich hier um einen «falschen Alarm» handelt.

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung!



**Buchhandlung SOI**  
**Jubiläumsstrasse 41**  
**3005 Bern**  
**Telefon 031 43 12 12**